

# Die Vereinten Nationen fordern deutsches Engagement

## Deutsche multilaterale Außenpolitik im Hinblick auf die EU-Präsidentschaft 2007

Thomas Matussek



**Thomas Matussek**, geb. 1947, ist seit dem 1. Juli 2006 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York.

**Das Aufgabenspektrum der Vereinten Nationen hat sich in den letzten Jahren stetig erweitert. Zentrale Zukunftsfragen wie Armutsbekämpfung, die gerechte Gestaltung der Globalisierung sowie Umweltschutz stehen ganz oben auf der Agenda. Durch Reformen sollen die Vereinten Nationen in die Lage versetzt werden, diese neuen Herausforderungen besser zu bewältigen. Deutschland hat sein Engagement in den UN zunehmend ausgeweitet und ist bereit, größere Verantwortung zu übernehmen. Wenn ab Januar 2007 Deutschland für sechs Monate die Präsidentschaft der Europäischen Union innehat, wird es sich – gemeinsam mit den europäischen Partnern und anderen Akteuren – unter anderem dafür einsetzen, die noch ausstehenden Reformen voranzutreiben, darunter auch die Reform des Sicherheitsrats.**

Die ersten Wochen meiner Amtszeit als neuer Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York sollten eigentlich der Vorbereitung auf die im September beginnende 61. Generalversammlung und die deutsche EU-Präsidentschaft dienen. Traditionell gibt es im Juli und August auch bei den Vereinten Nationen ein Sommerloch – beste Zeit also, um Antrittsbesuche zu erledigen und vorbereitende Gespräche zu führen. Es kam jedoch völlig anders: Im Juli spitzten sich die politischen Konflikte im Nuklearbereich und im Nahen Osten einmal mehr zu. Resolutionen zu Nordkorea, Iran und Libanon standen auf der Tagesordnung. Und Deutschland war als einer der Hauptakteure in den Verhandlungen zum iranischen Nuklearprogramm und bei der Einsetzung einer neuen friedensschaffenden Mission für Libanon dabei.

Diese Inpflichtnahme Deutschlands – derzeit nicht Mitglied des Sicherheitsrats – spiegelt eine Entwicklung der letzten zehn Jahre wider. Das Aufgabenspektrum der Vereinten Nationen hat sich dramatisch erweitert. Die Anzahl der multifunktionalen friedensschaffenden Missionen ist nach dem Ende des Kalten Krieges und der damit einhergehenden Auflösung der Blockade des Sicherheitsrats enorm gestiegen. Diese anspruchsvollen Aufgaben können von den Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats und den traditionellen Truppenstellern für Friedensmissionen aus Entwicklungsländern nicht mehr allein getragen werden. Der Ruf nach spezialisiertem zivilen und militärischen Personal für die Einsätze sowie Forderungen nach entsprechender Ausrüstung wird lauter. Auch politisch sind zunehmend wichtige Akteure neben den fünf ständigen Sicherheitsratsmitgliedern gefordert, die

auch in verschiedenen informellen Gremien und Gruppen die Arbeit des Sicherheitsrats inhaltlich vorbereiten.

Die Debatte um die Reform der Vereinten Nationen hat gezeigt, wie wichtig es ist, die entwicklungspolitische Agenda der Vereinten Nationen voranzutreiben. Mit 132 Staaten aus der Gruppe Entwicklungsländer, der so genannten G-77, und China sind diese in der Mehrheit. Diese Länder interessieren insbesondere Themen wie die gerechte Gestaltung der Globalisierung – zum Beispiel gleichen Zugang zum Weltmarkt oder Überwindung der digitalen Kluft. Deutschland setzt sich aktiv für eine sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung ein. Wir tun das, weil wir wissen, dass uns die Probleme zu Hause erreichen werden, wenn wir sie nicht an der Wurzel fassen. Das zeigen zum Beispiel die durch Armut ausgelösten Flüchtlingsströme aus Afrika in die EU. Wir können es aber auch moralisch nicht verantworten, dass jedes Jahr 11 Millionen Kinder sterben, bevor sie fünf Jahre alt sind.

Deutschland hat sich einer effektiven multilateralen Friedenspolitik verschrieben. Die Vereinten Nationen benötigen die Kapazitäten und Fähigkeiten, die Deutschland zu bieten hat. Deutschland wird daher von den Vereinten Nationen zunehmend in die Pflicht genommen, und wir können uns einem stärkerem Engagement nicht entziehen. Die Übernahme größerer Verantwortung ist essenziell, wenn wir multilaterale Politik in die Praxis umsetzen wollen. Dabei gewinnen wir Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten. Der Deutsche Bundestag hat diese Entwicklung nachvollzogen und im Sommer die Mandate für deutsche Soldaten in Kongo und Libanon verabschiedet. Die Mandate für die Missionen mit deutscher Beteiligung in Afghanistan und Sudan wurden verlängert. Finanzielle Mittel für begleitende wirtschaftliche und entwicklungspolitische Projekte stehen ebenfalls bereit.

Ab Januar 2007 wird Deutschland für sechs Monate die Präsidentschaft der Europäischen Union übernehmen. In den Vereinten Nationen bedeutet dies, dass auf Deutschland rund 500 EU-Koordinierungstreffen zukommen. Das ist eine Mammutaufgabe, die viel Vorbereitung und enge Abstimmung mit Berlin und Brüssel erfordert. Für Deutschland bietet sich dabei die Chance, gemeinsam mit den Partnern der Europäischen Union die noch ausstehenden Reformen der Vereinten Nationen voranzutreiben. Viele wichtige Ziele sind bereits im Laufe der 60. Generalversammlung erreicht worden, wie beispielsweise die Einrichtung des neuen Menschenrechtsrats in Genf und

der Kommission für Friedenskonsolidierung sowie der neue Zentrale Fonds für die Reaktion auf Notsituationen und der Demokratiefonds. Nach langem Tauziehen hat die Generalversammlung eine Strategie zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet. Andere wichtige Projekte, wie die Reform des Managements oder die Mandatsüberprüfung, die Stärkung der Strukturen der UN-Entwicklungszusammenarbeit und nicht zuletzt die Reform des Sicherheitsrats, stehen noch aus.

## Mehr Verantwortung für Deutschland

Als der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan Anfang Juli zu Besuch in Deutschland war, lobte er uns in höchsten Tönen. Deutschland sei einer der wenigen ›idealen‹ UN-Mitgliedstaaten und spiele als äußerst aktives Mitglied eine wichtige Führungsrolle.<sup>1</sup> In der Tat hat die Bundesrepublik in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine bemerkenswerte Steigerung ihres Ansehens in der internationalen Gemeinschaft erreicht. Sie hat konsequent und zielstrebig die Notwendigkeit von multilateralen Zusammenschlüssen betont. Dies spiegelt sich auch in der Personalentwicklung wider. Das UN-Sekretariat hat die hohe Qualifikation deutscher Bewerber erkannt und unsere Anstrengungen im Personalbereich honoriert. Waren wir noch vor wenigen Jahren unterrepräsentiert, haben wir im November 2006 den so genannten ›midpoint‹ erreicht. Wir werden uns bemühen, auch auf höheren Ebenen noch präsenter zu werden. Bereits in den neunziger Jahren waren zahlreiche deutsche Soldaten an Auslandseinsätzen der Vereinten Nationen beteiligt. Heute sind nahezu 9000 deutsche Soldaten und zivile Kräfte in elf Friedensmissionen der Vereinten Nationen – das heißt sowohl UN-geführten Blauhelmissionen als auch UN-mandatierten Missionen – im Einsatz. Damit ist Deutschland nicht nur drittgrößter Beitragszahler der Vereinten Nationen, sondern gehört auch zu den größten Truppenstellern bei UN-mandatierten Friedensoperationen. Beim zivilen Personal streben wir im Bereich Friedenssicherung eine noch stärkere Berücksichtigung an. Wie Kofi Annan zum Ausdruck brachte, ist unser Bekenntnis zum Multilateralismus damit ›nicht nur als Wegbereiter der europäischen Einheit‹ zu verstehen, sondern auch Ausdruck ›konstruktiver und großzügiger Weltbürger‹.<sup>2</sup>

## Deutschlands Engagement...

### ...für Frieden und Sicherheit

Jüngstes Beispiel für die Übernahme größerer Verantwortung ist der bereits genannte Einsatz Deutschlands im Rahmen der UN-Mission UNIFIL in **Libanon**. Auch vor dem Hintergrund unserer besonderen Verantwortung gegenüber Israel haben wir als einer

der ersten Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen einen substanziellen Beitrag zur Umsetzung des UNIFIL-Mandats angekündigt. Inzwischen sichern – von Kabinett und Parlament abgesegnet – 1050 deutsche Marinesoldaten die Küste Libanons; Deutschland führt die maritime Komponente von UNIFIL.

In **Afghanistan** sind etwa 2900 deutsche Soldaten als Teil der NATO geführten Mission mit Mandat der Vereinten Nationen (ISAF) im Einsatz. Der Bundestag hat am 28. September 2006 dieses Mandat um ein weiteres Jahr verlängert. Die neu aufflammenden Kämpfe im Süden Afghanistans belegen, dass die internationale Gemeinschaft weiterhin stark in diesem Land engagiert bleiben muss, um einen dauerhaften Frieden in dieser Region zu sichern. Mit Tom Koenigs hat Kofi Annan darüber hinaus einen Deutschen an die Spitze der zivilen Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) berufen.

Zur Sicherung der Wahlen und Unterstützung der UN-Mission MONUC in der Demokratischen Republik **Kongo** stellen Deutschland und Frankreich einen Großteil der europäischen Mission EUFOR, die vom Hauptquartier in Potsdam geführt wird. Die starke Beteiligung Deutschlands an der Operation trägt maßgeblich dazu bei, dass die Mission von den Parteien in Kongo als unabhängig angesehen wird. Wie wichtig der Beitrag von EUFOR ist, war im August 2006 zu sehen, als die Präsenz europäischer Truppen nach Gewalttätigkeiten wesentlich zur Beruhigung der Situation beitrug.

Weniger prominent aber dennoch wichtig ist die Tätigkeit deutscher Militärbeobachter bei der UN-Mission UNMIS im Süden **Sudans**. Sie helfen vor Ort, das Friedensabkommen zwischen Nord- und Südsudan umzusetzen. Auch Darfur im Westsudan bedarf unserer verstärkten Aufmerksamkeit. Bereits jetzt greifen die Auseinandersetzungen mit katastrophalen humanitären Folgen auf die Nachbarländer Tschad und Zentralafrikanische Republik über. Nur ein Waffenstillstand, eine politische Vereinbarung der Parteien in Darfur, eine Beendigung der grenzüberschreitenden Angriffe und eine nachhaltige Stärkung der Operation AMIS der Afrikanischen Union durch die UN in Darfur können die Tragödie beenden.

Deutschland ist mit seinen europäischen Partnern Frankreich und Großbritannien sowie mit China, Russland und den USA Teil der so genannten ›EU-3+3‹. Deren Ziel ist, die friedliche Nutzung des iranischen Nuklearprogramms sicherzustellen. Der UN-Sicherheitsrat hat **Iran** in seiner Erklärung des Präsi-

Deutschland ist nicht nur drittgrößter Beitragszahler, sondern gehört auch zu den größten Truppenstellern bei UN-mandatierten Friedensoperationen.

<sup>1</sup> Vgl. Rede von Generalsekretär Kofi Annan zur Eröffnung des UN-Campus am 11. Juli 2006 in Bonn, [http://www.unric.org/German\\_Section/Reden%2C\\_Erkl%C3%A4rungen\\_und\\_Gastkommentare/UNRIC%10141.html](http://www.unric.org/German_Section/Reden%2C_Erkl%C3%A4rungen_und_Gastkommentare/UNRIC%10141.html)

<sup>2</sup> Ebd.

den vom 29. März 2006 (S/PRST/2006/15) und mit Resolution 1696 vom 31. Juli 2006 zur Aussetzung seiner Urananreicherung aufgefordert. Iran ist dieser Aufforderung bisher nicht nachgekommen. Auch ein attraktives Kooperationsangebot, insbesondere im Bereich der zivilen Nuklearzusammenarbeit, und intensive Gespräche zwischen dem Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats Irans Ali Laridschani und dem Hohen Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana im Sommer dieses Jahres, konnten Iran nicht dazu bringen, seine Urananreicherung zu suspendieren. Im Oktober 2006 haben daher zwischen den ›EU-3+3‹-Verhandlungen über eine weitere Resolution begonnen, die die in Sicherheitsratsresolution 1696 angekündigten Maßnahmen verbindlich machen und Iran zur Suspendierung bewegen soll. Das Ziel ist weiterhin eine diplomatische Verhandlungslösung. Die Aussetzung der anreicherungsbezogenen Aktivitäten ist jedoch die Voraussetzung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Iran.

Deutschland wird sich, auch besonders im Rahmen der EU-Präsidentschaft, weiterhin dafür einsetzen, dass sich der neue Menschenrechtsrat zu einem wirksamen Instrument der Menschenrechtspolitik entwickelt.

Oben auf der Agenda des Sicherheitsrats steht auch eine Entscheidung über die Statusfrage **Kosovo**. Die Vorarbeiten hierfür wurden seit einem Jahr vom UN-Sondergesandten für die Bestimmung des künftigen Status des Kosovo, dem ehemaligen finnischen Staatspräsidenten Martti Ahtisaari, geleistet. Ahtisaari will unmittelbar nach Verkündung der Ergebnisse der serbischen Parlamentswahlen, die am 21. Januar 2007 stattfinden sollen, den Parteien seinen Vorschlag für den zukünftigen Status unterbreiten. Anschließend wird der Sicherheitsrat eine Entscheidung über den weiteren Fortgang treffen müssen. Als Mitglied der Kosovo-Kontaktgruppe, die faktisch alle Entscheidungen des Sicherheitsrats zu Fragen, die den Balkan betreffen, vorbereitet, ist Deutschland inhaltlich beteiligt. Die rund 2900 deutschen Soldaten der Friedensmission KFOR unter dem deutschen Kommandeur Roland Kather und die etwa 180 deutschen Polizisten bei der UN-Übergangsverwaltungsmission im Kosovo (UNMIK) tragen dazu bei, die Region zu stabilisieren. Im Übrigen steht seit kurzem der Deutsche Joachim Rückert an der Spitze von UNMIK.

Unser Vorsitz in der so genannten Freundesgruppe **Georgien**, die ähnlich wie die Kontaktgruppe alle Entscheidungen des Sicherheitsrats vorbereitet, ist durch die jüngsten Entwicklungen im Verhältnis zwischen Georgien und Russland (das ebenfalls Mitglied der Freundesgruppe ist) zu einer neuen Herausforderung geworden. Hier müssen wir versuchen, Lösungen zu finden, die die Region des Südkaukasus stabilisieren helfen und die den Interessen der betroffenen Bevölkerungen und Staaten Rechnung tragen. Durch die Teilnahme von zwölf deutschen Beobachtern an der UN-Beobachtermission UNOMIG in Georgien beweisen wir seit langem, dass wir uns für die Entwicklung und Stabilisierung dieser Region engagieren.

## ...in neuen UN-Gremien

Die gestiegene Verantwortung Deutschlands in den Vereinten Nationen zeigt sich auch darin, dass Deutschland in allen neuen, im Zuge der Reform geschaffenen Gremien vertreten ist oder sich substantiell an ihnen beteiligt.

Bestes Beispiel für das Vertrauen, das die Mitgliedsstaaten in uns setzen, ist die Wahl in den neuen Menschenrechtsrat. Mit 154 Stimmen hat Deutschland das beste Ergebnis in der westlichen Regionalgruppe erzielt und kann somit drei Jahre lang in dem neuen Gremium versuchen, die Menschenrechtspolitik der Vereinten Nationen – eines ihrer wichtigsten Ziele – voranzutreiben. Die ersten Sitzungen in Genf haben gezeigt, dass dies kein leichtes Unterfangen wird. Deutschland wird sich, auch besonders im Rahmen der EU-Präsidentschaft, weiterhin dafür einsetzen, dass sich das neue Gremium zu einem wirksamen Instrument der Menschenrechtspolitik entwickelt.

Nach Gründung der Kommission für Friedenskonsolidierung ist Deutschland als einer der größten Beitragszahler Mitglied im Organisationsausschuss. Dieser entscheidet unter anderem, mit welchen Ländern sich die Kommission befassen soll. Inzwischen ist die Arbeit der Kommission zu Burundi und Sierra Leone angelaufen. Ziel ist, diese Länder dauerhaft zu stabilisieren, indem friedensschaffende und friedenssichernde Tätigkeiten und die relevanten Akteure zusammengeführt und koordiniert werden – und zwar über den Tag der Beendigung der Konflikte hinaus. Effektive Friedenssicherung im 21. Jahrhundert bedeutet nicht nur die Unterbindung von Waffengewalt, sondern auch den Aufbau sozioökonomischer Strukturen – beispielsweise Arbeitsplätze einschließlich der notwendigen Infrastruktur, Schul- und Gesundheitswesen, rechtsstaatliche Institutionen. Dazu notwendig sind nicht nur Blauhelmsoldaten, sondern ziviles Personal wie Polizisten, Rechtsberater, Ausbilder. Benötigt werden das Engagement von nichtstaatlichen Organisationen und die Einbindung der Privatwirtschaft, um das Risiko zu verringern, dass alte Konflikte wieder ausbrechen.

An dem neu geschaffenen Demokratiefonds (UN-DEF) hat sich Deutschland mit einem Betrag von 1,6 Millionen Dollar beteiligt. Mithilfe des Fonds soll weltweit Demokratie, Frieden und Stabilität, die Wahrung der Menschenrechte und der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen gefördert werden.

Der Tsunami im Indischen Ozean im Dezember 2004 hat gezeigt, dass bei Naturkatastrophen größeren Ausmaßes eine schnelle Reaktion und Koordinierung der Hilfstätigkeiten durch die Vereinten Nationen unerlässlich ist. Mit der Einrichtung des Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (CERF) soll humanitäre Hilfe schnell und unbürokratisch gewährleistet werden. Dieses Ziel wird von Deutschland unterstützt.

### ... in der Entwicklungszusammenarbeit

Kaum eine Sitzung in den Vereinten Nationen ver- geht, in der nicht die Verbindung zwischen Sicherheit und Entwicklung hingewiesen wird. ›Keine Sicherheit ohne Entwicklung – keine Entwicklung ohne Sicherheit‹, ist in den Vereinten Nationen zum geflügelten Wort geworden. Unabhängig von unserem Interesse an einer sicheren und friedlichen Welt, hat sich Deutschland seit jeher im wirtschaftlichen und ent- wicklungspolitischen Bereich engagiert. Sei es durch einen intensiven Dialog auf politischer und fachlicher Ebene oder über finanzielle Beiträge an Fonds und Programme der Vereinten Nationen (etwa UNDP, UNFPA, UNHCR, UNICEF, UNEP) und ihren Sonderorganisationen (wie WHO, UNESCO, ILO).

Während der Verhandlungen zum Abschlussdo- kument des Weltgipfels 2005 in New York hat sich Deutschland insbesondere dafür eingesetzt, dass die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) in allen re- levanten Bereichen stringenter verfolgt werden. Die Umsetzung dieser Ziele bis zum Jahr 2015 ist eine der wichtigsten Aufgaben, die sich die internationale Gemeinschaft zu Beginn des neuen Jahrtausends ge- stellt hat. Sie bietet die Chance, den entscheidenden Durchbruch bei der Armutbekämpfung zu erreichen. In dem Ergebnisdokument wurde unter anderem das Ziel verankert, die Mittel für die staatliche Entwick- lungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttona- tionaleinkommens bis zum Jahr 2015 zu steigern. In diesem Zusammenhang hat Deutschland den Zu- wachs seiner Beiträge festgeschrieben und im Rah- men eines EU-Stufenplans vereinbart.

Um die Arbeit der verschiedenen wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Organisationen der Ver- einigten Nationen effektiver zu gestalten, hat Deutsch- land die Arbeit des so genannten Hochrangigen Grup- pe des Generalsekretärs für systemweite Kohärenz (High-level Panel on UN System-wide Coherence) unterstützt. Die Gruppe hat am 9. November 2006 ihren Bericht mit Empfehlungen für mehr Kohärenz der UN-Aktivitäten in den Bereichen Entwicklung, humanitäre Hilfe und Umwelt vorgelegt. Die Verhand- lungen in der Generalversammlung zu einer Resolu- tion zu diesen Vorschlägen sollen nach dem Amts- antritt des neuen UN-Generalsekretärs Anfang 2007 aufgenommen werden.

### ... im Umweltbereich

Als die Vereinten Nationen 1945 gegründet wurden, war Umweltpolitik noch kein Thema und kein Ar- beitsschwerpunkt. Heute hat sie ihren festen Platz auf der multilateralen Agenda. Umweltfragen sind zu den zentralen Zukunftsfragen des 21. Jahrhunderts ge- worden. Dies spiegelt sich auch in der anspruchsvol- len Umweltagenda wider, die wir im ersten Halbjahr 2007 zu bewältigen haben. Die Ministertagung der Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) wird

sich im Mai 2007 vor allem mit Fragen des Klima- schutzes und der Energiepolitik befassen und hierzu hoffentlich wegweisende Beschlüsse fassen. An die Europäische Union werden in dieser Diskussion ho- he Erwartungen gestellt. Europa muss den globalen Klimaschutz und den Ausbau alternativer Energie- quellen forcieren und seiner weltweiten Führungs- rolle bei diesem Thema gerecht werden.

Im April 2007 werden für die Europäische Union im Rahmen des Waldforums des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex zum Schutz der Wälder ver- handeln müssen. Dies ist ein Thema, das längst über- fällig und eng mit der Klimapolitik verknüpft ist. Ei- ne weitere Herausforderung ist die Umsetzung der auf dem Weltgipfel 2005 vereinbarten besseren Ko- ordinierung der Umweltaktivitäten der Vereinten Na- tionen. Die Institutionenvielfalt in diesem Bereich – Umweltprogramm (UNEP), Umweltkonventionen mit jeweils eigenen Vertragsstaatenkonferenzen und viele andere mehr – geht einher mit einem Mangel an Koordinierung, Synergieeffekten und Sichtbarkeit. Deutschland setzt sich daher gemeinsam mit seinen Partnern in der Europäischen Union für Reformen zur Stärkung des Umweltbereichs ein. Wir wollen ins- besondere das Mandat von UNEP entscheidend stär- ken mit dem langfristigen Ziel, es zu einer UN-Umweltorganisation fortzuentwickeln. Dass mit Achim Steiner wieder ein Deutscher an die Spitze des UN-Umweltprogramms gewählt wurde, zeigt die inter- nationale Anerkennung von Deutschlands Engage- ment im Umweltbereich.

### ... im Bereich Privatwirtschaft

Von Anfang an hat Deutschland den von Kofi Annan ins Leben gerufenen Globalen Pakt (Global Com- pact) unterstützt und durch die in die Generalver- sammlung eingeführte Resolution ›Auf dem Weg zu globalen Partnerschaften‹ institutionalisiert. Während der Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat 2003/2004 haben wir versucht, die Idee der besseren Integration von Unternehmen zur weltweiten Frie- denssicherung auch im Sicherheitsrat zu verankern. Deutschland hat sich damit an die Seite jener Staa- ten gestellt, die erkannt haben, dass private Akteure in Systeme globaler Sicherheit einbezogen werden müssen. Große Unternehmen sind vielfach ebenso einflussreich wie Staaten, und sie können den Schutz und die Förderung der Menschenrechte maßgeblich beeinflussen. Deutschland wird sich daher weiterhin dafür einsetzen, dass die Einbeziehung dieser Akteu- re in den Vereinten Nationen vorangetrieben wird.

### Die deutsche EU-Präsidentschaft

Mit der Präsidentschaft der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2007 kommt auf Deutschland in den Vereinten Nationen erheblich mehr Arbeit zu. Ins-

Wir wollen insbe- sondere das Mandat von UNEP entschei- dend stärken mit dem langfristigen Ziel, es zu einer UN-Umweltorga- nisation fortzu- entwickeln.

In den kommenden Monaten müssen rund 500 Koordinationstreffen organisiert sowie mehr als hundert Reden abgestimmt und gehalten werden.

gesamt gilt es, rund 500 Koordinierungstreffen zwischen den europäischen Partner vorzubereiten und durchzuführen. In den kommenden sechs Monaten müssen rund hundert Reden abgestimmt und gehalten werden. Einmal pro Woche treffen sich die Botschafter der EU-Mitgliedstaaten sowie der künftigen Mitglieder Rumänien und Bulgarien zu einem Informationsaustausch. Besprochen werden alle Themen, die in den Vereinten Nationen anliegen. Ebenfalls einmal pro Woche findet das so genannte Treffen nach Artikel 19 des EU-Vertrags auf Expertenebene statt. Auf diesen Treffen unterrichten jene EU-Staaten, die Mitglieder im Sicherheitsrat sind, die EU-Partner über die Verhandlungen.

Neben Großbritannien und Frankreich als ständige Mitglieder sind derzeit Dänemark, Griechenland und die Slowakei als nichtständige Mitglieder im Sicherheitsrat vertreten. Ab 2007 werden Belgien und Italien die Sitze von Dänemark und Griechenland für zwei Jahre übernehmen. Daneben gibt es täglich zahlreiche EU-Expertentreffen zur Vorbereitung von Sitzungen in den Vereinten Nationen. Hier muss die Präsidentschaft mit allen Partnern – gegebenenfalls in vielen Sitzungen – eine gemeinsame EU-Position zu vorliegenden Resolutionsvorhaben erarbeiten. Diese Position gilt es dann, in den Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen gegenüber anderen Ländern und Gruppierungen durchzusetzen. Nach jeder Verhandlungsrunde in den Vereinten Nationen müssen die Positionen überarbeitet und gegebenenfalls an den laufenden Verhandlungsprozess angepasst werden – eine mühsame und langwierige Aufgabe, da alle EU-Partner erst wieder Instruktionen aus ihren Hauptstädten einholen müssen. Schließlich gibt es EU-Koordinierungssitzungen auf Expertenebene zur Abstimmung und Vorbereitung von Stellungnahmen im Namen der EU. Dies kann zum Beispiel zum Gedenken an den Holocaust in der Generalversammlung sein oder zu bestimmten offenen Sitzungen des Sicherheitsrats, an denen sich die EU beteiligt, wie zum Beispiel an den Debatten zu Nahost, Afghanistan oder zu den thematischen Debatten wie dem Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten. Ungeschriebenes Gesetz ist, dass bei solchen Anlässen in der Regel ausschließlich die EU-Präsidentschaft für die Staaten der Europäischen Union spricht. Einzelne Mitgliedstaaten melden sich nur dann zu Wort, wenn sie eine abweichende nationale Position vertreten oder einige Punkte zusätzlich herausstellen möchten.

Über diese Routinearbeit hinaus wird Deutschland die Präsidentschaft dazu nutzen, die ausstehenden Reformen innerhalb der Vereinten Nationen voranzutreiben. Die Reformdebatte in der 60. Generalversammlung hat gezeigt, dass die Position der Europäischen Union häufig zwischen den Extrempositionen der USA und Japans auf der einen und der Entwicklungsländer auf der anderen Seite liegt. In dieser

Position liegt das Potenzial, vermittelnd tätig werden und den Reformprozess weiter vorantreiben zu können. Dieses Potenzial soll genutzt werden, um insbesondere die Reformen im Bereich Management sowie Mandatsüberprüfung weiterzubringen. Wir können hier an die Arbeit unseres Sonderbotschafters Karl Theodor Paschke anknüpfen, der seit Januar 2006 Vorschläge erarbeitet und in regelmäßigen Kontakten mit allen Akteuren Vertrauen erworben hat. Ebenso werden wir uns für die Reformen im Bereich der operationellen Aktivitäten der UN einsetzen. Erfolge in allen drei Bereichen sind nötig, um die Arbeit der Vereinten Nationen effektiver zu machen. Die Fortsetzung oder zumindest Konsolidierung der von Kofi Annan angestoßenen Reformen wird eine große Herausforderung für den neuen Generalsekretär Ban Ki-moon sein. Es liegt in der Natur der Sache, dass sich der designierte Generalsekretär mit programmatischen Ankündigungen vor seinem Amtsantritt im Januar 2007 noch zurückhält. Soviel hat er jedoch jetzt schon wissen lassen: Er werde ein Generalsekretär der Harmonie und Kooperation sein, der Interessengegensätze ausgleichen und Gräben überwinden will.

## Reform des Sicherheitsrats

Ein zentrales Reformprojekt erwähne ich bewusst ganz zum Schluss: die Reform des Sicherheitsrats. Um diese Frage ist es in den letzten Monaten merklich stiller geworden. Sie steht jedoch nach wie vor auf der Agenda deutscher Außenpolitik. Dies ist zum einen im Koalitionsvertrag verankert, zum anderen haben sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier diese Zielsetzung deutlich gemacht. Hierin stimmen wir mit der großen Mehrheit von UN-Mitgliedern überein, die den Sicherheitsrat, der in der jetzigen Zusammensetzung die geopolitische Lage nach dem Zweiten Weltkrieg widerspiegelt, nicht mehr für repräsentativ und damit auch nicht mehr für effektiv genug halten. Eine UN-Reform ohne Reform des Sicherheitsrats wäre unvollständig. Sie muss den politischen Realitäten des 21. Jahrhunderts Rechnung tragen. Das heißt, die Weltregionen sowie die politischen und wirtschaftlichen Hauptakteure sollten im Rat angemessen vertreten sein. In diesem Zusammenhang bleibt Deutschland bereit, auch mit der Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat mehr Verantwortung zu übernehmen. Langfristig bleibt unser Ziel ein ständiger Sitz für die EU. Dieses Ziel zu erreichen, erfordert ein umsichtiges Vorgehen in enger Abstimmung mit allen wichtigen Partnern Deutschlands. Bis dahin ist es jedoch noch ein langer Weg.

Die Vereinten Nationen haben die einzigartige Legitimität bei der Behandlung der wachsenden globalen Aufgaben. Es liegt in Deutschlands Interesse, sie zu stärken und eine aktiv gestaltende Rolle zu spielen.

Eine UN-Reform ohne Reform des Sicherheitsrats wäre unvollständig. Sie muss den politischen Realitäten des 21. Jahrhunderts Rechnung tragen.